

Spangenberg Zeitung.

Anzeiger für die Stadt Spangenberg und Umgehung. Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg.

Erste Seite

wöchentlich 3 mal und gelangt Dienstag, Donnerstag und Sonnabend nachmittags für den folgenden Tag zur Ausgabe. Abonnementspreis pro Monat 1 G. M. frei ins Haus, einschließlich der Beilage „Wort und Bild“.
Durch die Postanstalten und Briefträger bezogen 1,20 M.
Telegramm-Abgabe: Zeitung. Fernsprecher 27



Anzeigen

werden die sechsgehaltene 3 mm hohe (Bett) Zeile oder deren Raum mit 15 Pfg. berechnet; auswärts 20 Pfg. Bei Wiederholung entsprechender Rabatt. Reklamen kosten pro Zeile 40 Pfg. Verbindlichkeit für Platz, Datenvorschrift und Begehrung ausgeschlossen. Zahlungen an Postkonten Frankfurt a. Main Nr. 20771.

Annahmgebühr für Oerften und Auktunft beträgt 15 Pfg. Zeitungsbeilagen werden billig berechnet.

Druck und Verlag: Buchdruckerei Hugo Munzer. Für die Schriftleitung verantwortlich: Hugo Munzer, Spangenberg

Nr. 13.

Sonntag, den 30. Januar 1927.

20. Jahrgang.

Von Woche zu Woche.

Handbemerkungen zur Zeitgeschichte.
Nach langen Bemühungen und einem zuweilen recht dramatischen Verhandlungsverlauf ist die Regierungskrise endlich beendet worden. Die Krise begann am 17. Dezember mit dem Sturz der Reichsregierung und kann sich, ihrer Dauer nach, sehr wohl mit ihren Vorgängerinnen messen. Die Verhandlungen zur Beilegung der Krise haben volle sechs Wochen in Anspruch genommen.

Die neue Regierung besteht aus Deutschen, Nationalen, Deutscher Volkspartei, Zentrum und Bayerischer Volkspartei, und hat im Reichstag 249 Abgeordnete auf ihrer Seite. Die Opposition zählt nur 223 Stimmen und besteht aus Katholiken, Demokraten, Sozialdemokraten, Kommunisten und „Wilden“, Kommunisten. Neutral verhält sich die Wirtschaftspartei, die mit den Deutsch-Bannoveranern und dem Bayerischen Bauernbund 21 Mandate zählt. Wenn die Wirtschaftspartei auch eine aktive Teilnahme an der Regierung ablehnt und nur eine wohlwollende Neutralität in Aussicht gestellt hat, kann sie doch ohne weiteres den Regierungsparteien zugesählt werden. Die neue Regierung verfügt also über eine feste und gesicherte Mehrheit. Die Voraussetzung für eine gesunde und gute Arbeit ist also gegeben. Nun gilt es, entschlossen ans Werk zu gehen, um die Fragen, mit denen Deutschland zu kämpfen hat, baldigst zu lösen. In erster Linie steht hier die Klärung des Rheinlandes.

Ein weiteres bemerkenswertes Ereignis der deutschen Innenpolitik war die Auslösung einer 500 Millionen Reichsanleihe, handelt es sich doch um die erste Anleihe, die Deutschland nach der Stabilisierung im Inlande aufnimmt. Dieser Schritt, von früheren Reichsfinanzministern Dr. Reichold mitten in der Krise unternommen, gibt einen Beweis von den Fortschritten, die Deutschland auf dem Wege zu seiner Gesundung gemacht hat. Bemerkenswert an der Anleihe ist vor allem der Zinssatz von 5 Prozent. Damit ist ein neuer Sturm auf die innerdeutschen Zinssätze eingeleitet, die von Landwirtschaft und Industrie wieder rumbel arbeiten sollen, dringende einer Herabsetzung bedürfen. Die neue Reichsanleihe führt zum ersten Mal den 5-prozentigen Anleihezins ein und hat damit das Eis durchbrochen. Vor einem Jahr, als die ersten Inlandsanleihen der Länder aufstauten, mußte noch immer eine tatsächliche Verzinsung von 9 Prozent zugestanden werden. Der Wirtschaft ist natürlich erst geholfen, wenn auch die Zinssätze, die sie zu zahlen hat, einen neuen Wackgänger zu verzeichnen haben. Dafür hat die neue Reichsanleihe den Weg freigemacht.

Die letzte Woche hat aber auch auf außenpolitischem Gebiet eine Klärung gebracht. Die Entwaffnungsverhandlungen stehen dicht vor dem Abschluß. Die in Berlin über das Kriegsmaterial getroffenen Vereinbarungen sind bereits von dem internationalen Militärkomitee in Versailles genehmigt worden, und über die Bestimmungen dürfte in Kürze ebenfalls eine Einigung erzielt werden. Das Militärkomitee hatte mit den deutschen Delegierten, General von Fabezsky und Scheimrat Forster, eine neue Unterredung, nach der bereits an die Ausarbeitung der Einigungsformel herangegangen wurde. Die Verständigung ist schwer gewesen, da die deutschen Delegierten erhebliche Zugeständnisse nicht machen konnten und die französischen Nationalisten, unterstützt von Polen und zum Teil auch Tschechen, alles versuchten, um die Zerstückung aller deutschen Verteidigungsanlagen im Osten zu erreichen. Die halbamtliche „Morodni Listy“ in Prag verstieg sich sogar zu der Behauptung, daß Deutschland an den polnischen Grenzen entgegen dem Versaillesvertrag über achtzig neue Festungen ausgebaut habe! Das sind Dinge, die deren Unwahrscheinlichkeit offensichtlich ist. Soweit über das Entwaffnungsversprechen etwas zu erfahren ist, dürften die Verteidigungsanlagen in Königsberg nicht abgeschwächt werden. Für Glogau und Küstrin scheint allerdings eine Zerstückung der nach 1920 vorgenommenen Befestigungsanlagen zugestanden zu sein. Das letzte Wort hat die „Morodni Listy“ gesprochen. Die Verhandlungen ab, muß der Entwaffnungsvertrag durch den Völkerverbund entschieden werden.

Im übrigen hat die deutsch-französische Verständigung neue Fortschritte nicht gemacht. Welche unmögliche Ansichten selbst solche Franzosen, die grundsätzlich für eine deutsch-französische Verständigung eintreten, über eine Annäherungspolitik haben, zeigt ein Artikel des früheren Ministerialdirektors Seyden Douz, der jetzt vom „Petit Parisien“ als Mitarbeiter angenommen wurde. Endouze meinte, in Deutschland

zu erwarten mit dem Fortschreiten seiner Gefundung neue Illusionen. Für Frankreich sei der Friede Selbst Zweck für Deutschland nur ein Mittel. Allerdings! Über Frankreich muß Deutschland verstehen lernen und einsehen, daß der Versaillesvertrag Deutschland nicht genügend Lebensfähigkeit läßt. Der Versaillesvertrag kommt die deutschen Kräfte, aber er bricht sie nicht! Darum wird eine kluge Politik danach streben müssen, diesen Kräfte ein geregeltes Bett anzudecken: Freiheit und Kolonien für Deutschland! Das ist Arbeit für den europäischen Frieden.

Der Lufschiff-Schwindel.

Polens Reinfallgerichtlich bestätigt.

Vor einigen Wochen hatte Polen das deutsche Mitglied der Gemischten Kommission für Oberflächler, Landrat a. D. Lufschiff, beschuldigt, eine deutsche Spionagenzentrale geleitet zu haben. Dr. Lufschiff sollte mit einem aus Gleiwitz stammenden Polen Kurzjahn über den Anlauf von polnischen Agenten über die oberflächlichen Aufstände verhandelt haben. Der Zweck dieser Verdächtigungen war, Dr. Lufschiff eine weitere Tätigkeit in der Gemischten Kommission unmöglich zu machen. Dieser Plan ist gescheitert. Dr. Lufschiff hatte zwar mit Kurzjahn verhandelt, jedoch erst, nachdem er amtliche Vertreter der Kommission darüber unterrichtet hatte, daß er nur zum Schein auf diese Verhandlung eingehen und dem polnischen Spion einen unglücklichen Scheit ausbilden wollte, um endlich einmal die dauernde Hebelung durch die polnische Polizei amtlich festzustellen. Und Polen ist herein gefallen! Das beweist auch der jetzt in Katowitz gegen Kurzjahn verhandelte Prozeß.

Der Verlauf der Verhandlung, der auffallend viel hohe polnische Militärs bewohnten, erwies sehr deutlich, daß der Prozeß von der polnischen, polnischen Polizei im Gleiwitzer Gefängnis durch Mittelstufen eingeleitet wurde, um das Deutschland in Döberitz, Polen, namentlich aber einen seiner Hauptvertreter, den Landrat Dr. Lufschiff, bloßzustellen.

Während Kurzjahn zunächst behauptete, er habe tatsächlich die Vermittlung des Reichsanwalters Dr. Marx angeregt und Landrat Dr. Lufschiff habe ihm für die Beisatznahme der Agenten auch eine Belohnung von 50 000 Mark versprochen, erklärte er im weiteren Verlaufe seiner Ausführungen, es sei ihm tatsächlich nur darum zu tun gewesen, die Deutschen als solche, die deutsche Regierung und nicht zuletzt den Landrat zu schaden, weil ihm, wie er angab, die Deutschen großes Unrecht angefallen hätten. Aus der Beweisaufnahme ergab sich noch, daß das Protokoll, das der Angeklagte bei der Polizei zu unterschreiben hatte, im wesentlichen nicht eigene Aussagen enthielt, sondern ganz nach den Wünschen der vernehmenden Polizeibeamten abgefaßt war. Allgemeine Bewegung rief es hervor, als der Angeklagte in seinem Selbstverweh erklärte, wenn er auf der Anklagebank sitze, so gehöre eigentlich die gesamte Polizei mit auf seinen Platz.

Nach längerer Beratung wurde der Angeklagte Kurzjahn wegen diplomatischer Spionage zu 1 1/2 Jahren Zuchthaus unter Verrechnung mildernder Umstände verurteilt. Der Staatsanwalt hatte 3 Jahre Zuchthaus beantragt.

In der Urteilsbegründung erklärte der Vorsitzende, von einer Zuchthausstrafe sei abgesehen, weil Kurzjahn dem Staat wichtige Dienste geleistet habe! — Ein sonderbarer Staat, der auf die Hilfe eines Spitzels und Aufwieglers angewiesen ist! Jedenfalls hat auch der Prozeß die Angaben Lufschiffs bestätigt.

Forderungen der Landwirtschaft.

Vertretung der deutschen Bauernbundes.

Unter zahlreicher Beteiligung fand in Berlin eine Vertretertagung des 140 000 Mitglieder zählenden Deutschen Bauernbundes statt. Neben den Delegierten des Bauernbundes und des Bayerischen Bauernbundes nahmen auch zahlreiche Abgeordnete der Deutschen Volkspartei, der Demokratischen Partei und der Wirtschaftlichen Vereinigung an der Tagung teil. Alle Wünsche und Klagen wurden

in einer Entschließung zusammengefaßt.

Diese fordert: Förderung der landwirtschaftlichen Produktion, Berücksichtigung der Interessen der bäuerlichen Landwirtschaft bei dem Abschluß von Handelsverträgen, Erhaltung und Vermehrung des deutschen Bauernstandes in den dünnbesiedelten Distrikten, Rücksichtnahme auf die bäuerliche Landwirtschaft bei der Ernennung von Siedlungs-, Steuer-,

Paht- und Kronpach, verständigen, bauernfreundliche Kreditpolitik, Herabsetzung der Steuern, gleichmäßige Verteilung der Steuerlast und eine Vereinfachung des Verwaltungsapparats.

Politische Rundschau.

Berlin, den 29. Januar 1927.
— Der Chef der Heeresleitung, General Sene, ist von Dresden nach Berlin zurückgekehrt.
— Der Separatistenführer Socanel, ein Freund Dorens, der seit einiger Zeit in Frankreich tätig war, hat sich in Straßburg durch Betäubungsmittel getötet.
— Das Reichsgericht Schöffengericht beurteilte den Redaktionssekretär A. Müller vom „Weniger Anzeiger“ wegen Verleumdung des Ministerpräsidenten Braun zu einem Monat Gefängnis. Dem Verurteilten wird nach Zahlung einer Buße von 300 Mark Strafaussetzung auf drei Jahre gewährt.

Die Regierungskommission für das Saargebiet hat bei dem Völkerverbundsekretariat ihren 28. periodischen Bericht über die Lage im Saargebiet und die Tätigkeit der Kommission während des letzten Vierteljahres 1926 vorgelegt. Die statistischen Angaben des Berichtes weisen eine günstige Wirtschaftslage auf.

Abgelehnter Mißtrauensantrag gegen die mecklenburgische Regierung. Der Mecklenburgische Landtag hat einen deutsch-polnischen Mißtrauensantrag gegen die Regierung mit 23 Stimmen der Sozialdemokraten und Demokraten gegen 21 Stimmen der Deutschnationalen, Deutschpolnischen und der Deutschen Volkspartei abgelehnt. Wirtschaftspartei und Kommunisten hatten sich der Stimme enthalten.

Aufdeckung einer Fälscherzentrale. Der Jungdeutsche Orden ist einer Fälscherzentrale auf die Spur gekommen, die Photographien angeblicher Sitzungspunkte aus dem Reichswehrministerium verbreitete. Die Protokolle sollten eine unterirdische Verbindung zwischen Wehrministerium, Stahlhelm und Jungdeutschen Orden beweisen. Einer der Fälscher, Oberleutnant a. D. Dr. Schred, befindet sich in Untersuchungshaft. Die „Protokolle“ sind dem Reichswehrministerium schon seit langem bekannt. Dr. Schred stammt aus München und soll während des Krieges in der Spionage-Abwehrabteilung des Obersten Nicolai gearbeitet haben.

Rundschau im Ausland.

Die amtliche polnische Telegraphenagentur bestätigt, daß gegen den oberflächlichen Polenführer Korjant ein Verfahren wegen Steuerhinterziehung eingeleitet ist. Es soll sich um mehrere hunderttausend Zloty handeln.

Zur Verwaltung des Vermögens der Provinz Bosen ist eine sechsöpfige Kommission eingesetzt worden, der auch ein Deutscher angehört.

In Maroffo sind zwei Führer nicht unterworfenen Stämme durch Eingeborene ermordet worden. Der eine der Ermordeten war ein naher Mitarbeiter Abd el Krims.

Frankreichs Finanzlage.

Nach den Erklärungen des französischen Ministerpräsidenten im Finanzausschuß der Kammer besitzt das Schatzamt schon jetzt genügend Devisen, um die Fälligkeitstermine zur Rückzahlung der auswärtigen Schulden im Jahre 1927 innehalten zu können. Neue Devisenkäufe sind schon seit Wochen nicht mehr vorgenommen worden. Außerdem hat Frankreich zwei Milliarden Banknotendrucke zum ersten Mal seit 1921 — zurückzahlen können.

Garibaldi beteuert seine Unschuld.

Der aus Frankreich ausgewiesene Oberst Garibaldi hat sich nunmehr entschlossen, nach Subamerica (Kuba) zu reisen und sich zu diesem Zweck in Begleitung seines Bruders nach London begeben. Er erklärte, wenn er im Prozeß alles mitgeteilt hätte, was er wisse, und alle Dokumente vorgelegt hätte, um seine Unschuld zu beweisen, so würde dies eine gereizte Stimmung zwischen Italien und Frankreich geschaffen haben. Deshalb hätte er geschwiegen.

Amerika und die Beschlagnahme deutscher Schiffe.

Der Finanzausschuß des amerikanischen Senats will die für die Beschlagnahme deutschen Schiffe in Aussicht gestellten 100 Millionen Dollar auf 55-60 Millionen herabsetzen. Dazu sollen noch angemessene Rinsen seit der in den Kriegsjahren erfolgten Beschlagnahme kommen.

Ein Schreckensurteil in Südtirol.

Fünf Jahre Zwangsverschickung für Dr. Noldin.

Wie aus Innsbruck gemeldet wird, ist der vor einigen Tagen verhaftete südtiroler Rechtsanwalt Dr. Noldin zu fünf Jahren Zwangsverschickung verurteilt worden.

Das ist das höchste anständige Strafmaß auf Grund des Gesetzes über die Sicherheit des Staates. Die Verurteilung ist nach den bisher vorliegenden Nachrichten in absehbarer Zeit vollzogen. Wenn das Urteil bestätigt werden sollte, würde die italienische Regierung damit den Kampf gegen die Antifaschisten auf die deutsche Minderheit übertragen. Das würde in Süditalien Empörung und Unzufriedenheit auslösen und die deutsch-italienischen Beziehungen erheblich beeinträchtigen!

Das neue Reichskabinett.

Die Verhandlungen über die Verteilung der Ministerien.

Die Besprechungen über die Besetzung des neuen Reichskabinetts haben mehr Zeit in Anspruch genommen, als erwartet werden konnte. Im Mittelpunkt stand die von den Deutschnationalen erhobene Forderung auf vier Ministerien. Umstritten waren besonders das Finanzministerium und das Verkehrsministerium. Die Verhandlungen darüber mühten mehrmals unterbrochen werden. Nach langem Hin und Her ist endlich eine Annäherung zustande gekommen. Das Finanzministerium wurde dem Zentrum zugeprochen, während die Deutsche Volkspartei auf das bisher imgegebene Verkehrsministerium verzichtet dürfte und somit nur noch durch zwei Minister im Kabinett vertreten sein wird.

Die neue Kabinettsliste

Dürfte nunmehr folgendes Aussehen haben:

- Reichkanzler Marx (Zentrum).
- Reichsaußenminister Dr. Stresemann (Deutsche Volkspartei).
- Reichsjustizminister Dr. Curtius (Deutsche Volkspartei).
- Reichsarbeitsminister Dr. Brauns (Zentrum).
- Reichswehrminister Dr. Geßler.
- Reichspostminister Dr. Stöckel (Bayerische Volkspartei) oder der bayerische Staatssekretär Schäffl.
- Reichsfinanzminister Dr. Köhler (Zentrum).
- Reichsinnenminister: v. Lindener-Wildau (Dntl.).
- Reichsjugendminister: Graf-Prinz von Wallraf (Dntl.).
- Reichsernährungsminister und Vizekanzler: Schiele (Deutschnational).
- Reichsverkehrsminister: Dr. v. c. Wilhelm Koch (Deutschnational).

Geßlers Austritt.

Wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, hat Reichswehrminister Dr. Geßler, der von den Demokraten erjucht worden war, an dem neuen Kabinett nicht teilzunehmen, an den Vorsitzenden der Demokratischen Partei einen Brief gerichtet, in dem er seinen Austritt aus der Partei erklärt.

Deutschnationale Zustimmung zu den Richtlinien.

Die deutschnationale Reichstagsfraktion hat nunmehr den in den interfraktionellen Verhandlungen vereinbarten Richtlinien für das Regierungsprogramm zugestimmt.

Verteidigung oder Krieg.

Beforgnisse wegen der englischen Truppentransporte.

Die englischen Truppensendungen nach China haben dort große Erbitterung ausgelöst. Sie werden auch von den übrigen Mächten als übertrieben angesehen. Man hält die Streitkräfte, die England nach China schickt, für eine reine Verteidigung der Schanghaier Konzession für viel zu groß.

Der kantonesische Außenminister Tschu erklärte, Großbritannien beabsichtige, durch die Truppensummenziehung in Schanghai eine Atmosphäre zu schaffen, die zu einer Kriegserklärung Großbritanniens an die revolutionären Heere führen könne.

Der englische Kolonialminister Amery will solche Befürchtungen zerstreuen und betont, die nach China entsandten Truppen sollten nur Leben und Eigentum der Engländer verteidigen. Er hoffe, sie würden dabei

keinen Schuß abfeuern brauchen. Gleichzeitig will England aber auch um

Schanghai eine neutrale Zone

errichten! Wie es heißt, soll die Kantongregierung nicht abgeneigt sein, ihre Truppen dicht vor Schanghai zum Stehen zu bringen, verlangt jedoch, daß Schanghai zum Stützpunkt der internationalen Truppen geräumt und zuvor von den kantonesischen Truppen geräumt wird. Inzwischen sind aber erst jetzt wieder 8400 Mann englischer und 900 Mann indischer Truppen nach Schanghai abgefahren. Auch haben die indischen Truppen bereits in Schanghai — in dem schon eine ansehnliche Land- und Seestreitmacht und 80 Flugzeuge versammelt sind — gelandet.

Die Mächte machen Zollangelegenheiten.

Wie der Amtliche Britische Funddienst meldet, haben die Mächte mit Ausnahme Japans in Bezug gleichlautende Noten überreichen lassen, in welchen sie ihr Einverständnis mit der Erhebung der Washingtoner Zollaufsätze erklären.

Amerika geht eigene Wege.

Kellogg erklärt sich verhandlungsbereit.

Der amerikanische Staatssekretär veröffentlichte eine Note über Amerikas Chinapolitik, in der es u. a. heißt,

daß die Vereinigten Staaten gewillt seien, in Verhandlungen über die Wiederherstellung der vollständigen Autonomie Chinas, die Einführung der Washingtoner Vertragsaufsätze und die Ausübung der extraterritorialen Rechte einzutreten, sobald eine chinesische Regierung für den Schutz der amerikanischen Staatsangehörigen Gewähr leisten könne.

Amerika sei bereit, allein zu verhandeln.

Es stehe dem nationalen Erwachen Chinas sympatisch gegenüber und begrüße jeden Fortschritt der Chinesen auf diesem Wege. Die einzige Frage bestehe darin, mit wem man zu verhandeln habe.

Friedensverhandlungen in Nicaragua.

Diaz und Sacasa wollen sich einigen.

Das amerikanische Staatsdepartement gibt bekannt, daß Friedensverhandlungen zwischen Diaz und Sacasa im Gange sind, die von Konteradmiral Latimer und dem amerikanischen Gesandten in Nicaragua gefördert werden. Weiterhin gab das Staatsdepartement den Wunsch zu erkennen, die amerikanischen Streitkräfte aus Nicaragua zurückzuziehen, sobald die politische Lage dies zulasse. Der mittelamerikanische Konflikt, der erstlich zu einem Kriege zwischen den Vereinigten Staaten und Mexiko zu führen drohte, ist also auf dem besten Wege zu einer friedlichen Lösung. Diese Entwicklung der Dinge ist nicht zum wenigsten dem entschlossenen Eingreifen der amerikanischen Opposition zu danken.

Schlussdienst.

Der Kutischer-Prozess in Frage gestellt.

Berlin, 29. Januar. Da sich Kutiskers Befinden erheblich verschlimmert hat, dürfte, wie neuerdings verlautet, die Durchführung des zweiten Kutisker-Prozesses, der am 10. Februar seinen Anfang nehmen sollte, in Frage gestellt sein. Kutisker befindet sich seit zwei Tagen nicht mehr in der Charité, sondern ist nach seiner Wohnung gebracht worden. Während der letzten Tage ist, wie berichtet wird, bei Kutisker auch eine Verschlechterung der Herzfunktion eingetreten, so daß man seinen Zustand für nicht unbedingt hoffentlich ansieht.

Bei einer Autofahrt ungetommen.

Hamburg, 29. Januar. Der Leiter des Fernsprech- und Telegraphenamtes der Vereinigten Stahlwerke, Düsseldorf, Gustaf Schröder, eine geschätzte Autorität auf dem Gebiete des Fernsprechwesens, kam bei einer Autofahrt nach Essen dadurch zu Tode, daß der Straßenaßen plötzlich mit voller Wucht gegen einen

Baum prallte. Der Leiter des Autos erlitt mehrere schwere Verletzungen eines Armbuchs.

Litauische Wahlkommissionäre für Memel.

Memel, 29. Januar. Nach einer Bekanntmachung im „Memeler Dampfboot“ ist die Wahlkommission für die Neuwahlen überwiegen aus dem Gesichtspunkt der Wahlberechtigung zu den Wahlen 1926, wo die Wahlberechtigten aus den Landräten der einzelnen Kreise aus dem Bürgermeister der Stadt Memel bestand.

Polen verhaftet russische Gesandtschaftsbeamte.

Warschau, 29. Januar. Wie die Zeitungen erfahren, ist ein höherer Beamter der Presseabteilung der sowjetrussischen Gesandtschaft in Warschau, Klemens, wegen Beteiligung an Spionage gegen Polen verhaftet worden. Die Untersuchung ist im Gange.

Zehn Feuerwehrlente unter Trümmern erschlagen.

New York, 29. Januar. Bei einem Großbrand im Geschäftsviertel stürzte ein 17 Stockwerk umfassendes Lagerhaus zusammen, wobei zehn Feuerwehrlente unter den Trümmern begraben wurden. Sieben Verletzte konnten unter vieler Mühe noch rechtzeitig geborgen werden.

3000 Dollar für deutsche Studenten.

Washington, 29. Januar. Ein Stipendium von je 1500 Dollar, das deutschen Studenten zugewiesen werden soll, ist an der University of California in Berkeley und an der Yeland Stanford Junior University in Palo Alto gegründet worden. Das Stipendium, das an beiden Universitäten für die Jahre von drei Jahren in Aussicht genommen ist, soll in jedem der drei Jahre einem besonders fähigen deutschen Studenten zustattenkommen.

Die letzten Verhandlungen.

Die unstrittigen Richtlinien.

Im Mittelpunkt der interfraktionellen Besprechungen über die Neubildung der Reichsregierung standen die von Dr. Marx ausgearbeiteten Richtlinien für das Regierungsprogramm. Diese Grundzüge haben vorzeitig den Weg in die Öffentlichkeit gefunden und nach der Darstellung parlamentarischer Kreise folgenden Wortlaut:

1. Außenpolitik.

Fortführung der bisherigen Außenpolitik im Sinne gegenwärtiger friedlicher Verhandlungen, Anerkennung der Rechtsgültigkeit des Vertragswertes von Locarno. Lokale gleichberechtigte Mitarbeit im Völkerverband.

2. Verfassung.

Anerkennung der Rechtsgültigkeit der in der Verfassung von Weimar begründeten republikanischen Staatsform. Unbedingter Schutz der Verfassung in ihrer Gesamtheit, sowie der verfassungsmäßigen Reichsorgane (Artikel 3 der Reichsverfassung) gegen alle herabwürdigen Verunglimpfungen und rechtswidrigen Angriffe. Vorgehen gegen alle Verunglimpfungen und alle Verletzungen oder Verletzungen der Verfassung durch die Bundesorgane, die den Amtswort der Verfassung zuweihen. Verbot an alle Beamten, sich an solchen Verunglimpfungen oder Verletzungen im Sinne der Verfassungsmäßigkeit beteiligen zu lassen. Die verfassungsmäßigen gewählten Rechte der Beamten werden hierdurch nicht berührt.

3. Reichswehr.

Bezüglich der Reichswehr wird der entsprechende Teil der Rede des Reichskanzlers vom 16. Dezember 1925 als maßgebend anerkannt: 1. Die Verordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 31. Dezember 1926 ist strengstens durchzuführen. 2. Den Angehörigen der Reichswehr ist die Zugehörigkeit, das Zusammenarbeiten mit politischen Verbänden aller Richtungen, zu denen die sogenannten Wehrexekutive aller Richtungen und Form in erster Linie gehören, verboten. 3. Es wird eine Reform in der Wehrcorrespondenz erlassen. Die Vorkehrung trifft, daß keine verfassungswidrigen Beschlüsse im Sinne der Artikel 114 der Reichsverfassung angenommen werden.

4. Kulturfragen.

Es ist angestrebt: Erlass eines Reichskulturgesetzes unter Wahrung der Vereinbarkeit und des Gleichgewichts, gründliche Gleichstellung der im Artikel 146 der Reichsverfassung vorgesehenen Schularten; Sicherung des Religionsunterrichtes (Artikel 149).

Die Rothersteins.

381 Roman von Erich Ebenheim.

Deutscher Provinz-Verlag, Berlin W. 66. 1925.

Wie unrecht hatte er Do getan! Er schämte sich, wenn er daran dachte, mit welcher häßlichen Mißtrauen er ihr vorhin hierher gefolgt war. Und das wenigstens konnte keine Komödie sein, denn niemand wußte ja um ihre Tätigkeit hier, und sie wollte auch nicht, daß darüber gesprochen wurde.

Do hatte inzwischen mit Trinas Hilfe die zweihundert Eier, die allmählich Sonntags zum Händler geschafft wurden, abgezählt, jedes Stück geprüft und dann sorgsam in Säffel verpackt.

Nun schritt sie, leise ein Nieschen vor sich hinterlassend, in den Park hinaus, über dessen herbstliche Farbenpracht die aufgehende Sonne eben ihre ersten Strahlen sandte.

Aber sie war noch gar nicht weit gekommen, als sie plötzlich Rüdiger erblckte, der hier wartend auf und ab schritt.

Wie immer, wenn sie ihm unvermutet irgendwo begegnete, gab es ihr einen kleinen Stich in der Brust, und ihre Wangen färbten sich rot.

„Du bist schon auf?“ fragte sie nach der ersten Begrüßung besangen. „Willst du denn schon so früh zu deinem neuen Fabrikbau hinaus?“

„Dies ist für später allerdings meine Absicht. Vorher aber hatte ich anderes zu tun“, antwortete er lächelnd. „Ich wollte mich doch einmal persönlich überzeugen, wie die neue Mamsell ihren Verpflichtungen in der Molkerei nachkommt.“

Do fuhr bestürzt zusammen.

„Du warst dort?“ fragte sie rasch und sah bekommen in sein Gesicht auf.

„Ja, aber ich habe die Mamsell nicht gefunden, sondern eine — andere! Und dann habe ich hier auf dich gewartet, um dich zu fragen: Warum tust du das, Dorothea? Du bist doch keine Magd auf Grafenegg!“

„Aber das macht mir doch Freude... und die

Mamsell kann wirklich nicht dafür, Rüdiger! Du darfst sie nicht scheitern, ich trug es ihr ja selbst an... Ich war so glücklich, mich ein wenig nützlich machen zu können.“

„Und auf diese Weise dein Brot hier nicht umsonst zu essen!“ unterbrach er sie bitter. „Sage es doch grad heraus: Dies war der eigentliche Grund. Du bist sehr stolz, Dorothea — fast bis zum Hochmut!“

„Mein“, sagte Do ruhig, „hochmütig bin ich gewiß nicht, und ich gebe dir mein Wort, daß ich nicht im entferntesten daran dachte, auf diese Weise zu begablen, was ich von euch erhalte. Aber erstens habe ich ein wirkliches Bedürfnis nach Tätigkeit, und dann...“

„Nun? Was noch?“

„Dann dachte ich auch daran, daß du gesagt hattest, es solle geparkt werden. Und in der Molkerei wurde nicht geparkt, so wertig, wie in manchen anderen Zweigen der Wirtschaft, die ausschließlich der Kontrolle der Mamsell unterstanden. Der Meier kann dir das bestätigen. Er behauptet sogar, daß, wo ich nur an Sachlosigkeit dachte, für fremde Fäulen gearbeitet wurde. Dieser Möglichkeit wollte ich für künftig vorbeugen.“

„Mit einem Wort — du wolltest sparen helfen und mich in meinem Bestreben, die Tätigkeiten der Wirtschaft zu heben, unterstützen“, sagte Rüdiger nach einer kleinen Pause gerührt.

Do sah mit einem klaren, warmen Blick zu ihm auf. „Ja. Und ich wäre dir so dankbar, wenn du mir erlaubtest, auch weilt-hin...“

„Aber das kann ich doch nicht annehmen, Dorothea! Diese Tätigkeit kostet dich Zeit und Mühe, sie ist auf Kosten deines Schlafes und entspricht außerdem doch nicht deiner Stellung.“

„Ach, wer sagt danach bei — mir!“ unterbrach sie ihn rasch. „Es braucht es ja auch niemand zu wissen. Und mir würde es so viel damit geben! Es ist schrecklich, so ganz unruhig dahinzulieben.“

Der Ton, in dem sich die ganze innere Verlassenheit ihrer Seele unbewußt ausdrückte, griff ihm ans Herz. Er geriet an seinem Schnurwort und sagte

endlich leise: „Und doch willst du fort von hier? Warum das, Dorothea, wenn diese Tätigkeit dich wirklich beglückt?“

Sie wechselte die Farbe und schwieg.

„Nun, willst du mir nicht sagen, warum du dich trotzdem nur als Gast hier fühlst und Grafenegg nicht für immer als deine Heimat betrachten willst?“

Grenzenlose Verlegenheit spiegelte sich in Dorotheas Augen.

„Weil ich ja doch nicht so recht zu euch gehört“, stammelte sie endlich ausweichend. „Das muß ich doch merken...“

„Ach, merke nur, daß Papa und Gertha dich nach deinem vollen Wert schätzen gelernt haben und auch ich... Um die anderen brauchst du dich nicht zu kümmern. Übrigens ist dir auch Magelone sehr zugetan, und, wie ich vermute, du ihr ebenfalls.“

Do schwieg. Ein seltsam abweisender Zug war bei seinen letzten Worten auf ihrem Gesicht erschienen. Dann raffte sie sich plötzlich auf und sagte in flehendem Ton: „Ich will ja auch nicht fort — so lange man mich hier brauchen kann. Nur erfülle meine Bitte und laß mich wie bisher in der Wirtschaft ein wenig mitarbeiten.“

„Darum brauchst du doch wahrlich nicht nach zu bitten! Wenn du es wirklich tun willst, so bittest du mich dir nur von Herzen zu danken dafür, denn es ist ein großer Dienst, den du mir dadurch erweist.“

„Du erlaubst es also?“ sagte Do strahlend.

„Er laß dich, Rüdiger!“

„Er sah über die Lippen.“

„Möchtest du hinausgehen, wenn du mich nicht mit dir verabschieden würdest, Dorothea? du würdest mich für meine Bestrebungen halten, aber nicht nachgeben, was mir irgend etwas verpflichtet, interessiert dich nicht, wieviel ich für die Umbauarbeiten dort und meine Pläne? Ich bin dir sehr dankbar.“

„Gewiß! Sehr sogar. Unterwegs kann ich dich auch ein paar kleine Plänen unterbreiten, die ich schon lange auf dem Herzen habe.“

(Fortsetzung folgt.)

Teilweise
für halbes Geld



Im Inventur-
AUSVERKAUF

Aber denken Sie daran, daß der Ausverkauf eine schnell vorübergehende Erscheinung ist. Wenn Sie einen Tag nach Schluß kommen, der bekanntlich gesetzlich festgelegt ist, so sind erstens die Waren geräumt und zweitens die Herabzeichnungen verschwunden. Bedenken Sie das und

sparen Sie in der Zeit

vom 28. Januar bis 12. Februar.

Einzelpaare werden bereitwilligst aus dem Fenster genommen.

MENDERSHAUSEN

Spangenberg Lichtspiele



Tempo, Spannung
rasende Sensationen

mit
TOM MIX

dem Held von tausend Mädchen träumen
der neue Fox-Film

Teufel-Tempo, Tom

am Sonntag, den 30. im hiesigen
Lichtspiel-Theater.

Außerdem:

Die Geisterstunde
und
Alles fliegt

Nähmaschinen

Sticken, Stopfen, Nähen, vor- u. rückwärts
für Hausgebrauch und alle gewerblichen Zwecke.
Wasch-, Wring- und Mangelmaschinen
Milchzentrifugen, Butterfässer.

Erleichterte Zahlungsbedingungen.
Mechanische Werkstätte mit elektrischem Kraftbetrieb

Carl Leich Cassel

Stienweg 9 Gegründet 1888 Fernruf 312

Die Erhebung des Stromgeldes für Januar 1927
findet Dienstag, den 1. und Mittwoch, den 2. Februar
d. J. von 8-12 Uhr vormittags statt.

Spangenberg, den 29. Januar 1927.

Die Stromkasse

Ihre VERMÄHLUNG geben bekannt:

LOTHAR METZ
ELISABETH METZ
GEB. SALZMANN

Spangenberg, den 29. Januar 1927.

Heute, Sonnabend, den 29. Januar abends
Einweihung der neuen

Parkett-Kegelbahn
(Spellmanbahn)

Für gute Speise und Getränk ist bestens gesorgt

Es ladet freundlichst ein

Gast- u. Pensionshaus Liebenbach.

Wir suchen

z. Vvk. unserer erskl. bekannnten Spezialfuttermittel bei der Land-
wirtschaft wirklich eingeführte, fleißige, tüchtige Vertreter
in Lebensstellung gegen Gehalt und ausserordentlich hohe Provision
per sofort.

Protina Gesellschaft für Chemi und Futterwirtschaft, mbH.
Leipzig C. 1
Abteilung Futtermittelfabrik, Leipzig.

Treppenleisten

billig

Richard Mohr.

Grundstück-Verkauf.

Am Montag, den 31. Januar 1927 abends 8 Uhr
werde ich in der Gastwirtschaft „Zur Stadt Frankfurt“
meine Grundstücke

Ktbl. 1, Parz. 87, Wiese in der br. Aue, 64,79 ar.
" 3, " 7 u. 8 Acker an der Mörshäuserstr. 44,89 ar.
" 9, " 38 Acker an der Schnellröderstraße
" 22, " 92 Acker an der Körbsche, 89,30 ar.
in kleinen Parzellen öffentlich meistbietend versteigern lassen.

Methe.

Einige

junge Arbeiterinnen

sich sofort ein.

Hessische Papier- u. Kartonnagen-Industrie

G. m. b. H.

Spangenberg